

9. November 2013

1938

75 Jahre nach der Reichspogromnacht
Solidarität mit den Opfern
des deutschen Antisemitismus und Rassismus

„Es ist geschehen und folglich
kann es wieder geschehen.“
Primo Levi

9. November, 17 Uhr
Mahnmal Levetzowstraße
Gedenkkundgebung und anschließend
antifaschistische Demonstration in Moabit



Veranstalterin: AIM, Mitglied in der Berliner VVN-BdA
Unterstützerinnen: A²B, ANA, AFH, Fels, TOP

INHALT:

Impressum	Seite 2
Editorial	Seite 3
Aufruf zum 9. November 2013	Seite 4
Ein Kommentar zu „Sparmaßnahmen“ der Bundesregierung bei NS-Gedenkstätten in Polen	Seite 7
Antiromaistische Hetze – ein europäisches Motiv	Seite 9
Gedenken an den Beginn der Deportationen von Jüd_innen	Seite 10
Das Hoffen auf den Mob	Seite 11
20 Jahre nach dem Mordanschlag von Solingen	Seite 12
Die NPD-Funktionärin Maria Fank hat Stress	Seite 13
Mord an Burak B. immer noch nicht aufgeklärt	Seite 14
Deutsches Jahr	Seite 15
TERMINE	Seite 16

Unterstützer_innen: (Stand 10.10.2013)

Autonome Neuköllner Antifa [ANA]
autonome_neukoellner_antifa@riseup.net
www.antifa-neukoelln.net

Autonome Antifa Berlin (a2b)
a2b@riseup.net
www.a2berlin.org

Berliner Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen
und Antifaschisten e.V.
berlin@vvn-bda.de
www.berlin.vvn-bda.de

FeS - Für eine linke Strömung
fels@nadir.org
fels.nadir.org

Theorie Organisation Praxis [TOP B3rlin]
topraxis@gmail.com
www.top-berlin.net

Impressum:
Antifaschistische Initiative Moabit [AIM]
a_i_m@gmx.de
www.antifa-moabit.de.vu

V.i.S.d.P.: Berliner VVN-BdA e.V.,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Auflage: 1000

OPERATION LAST CHANCE

SPÄT,
ABER NICHT
ZU SPÄT.

Millionen Unschuldiger wurden von Nazi-Kriegsverbrechern ermordet.
Einige der Täter sind frei und am Leben.
Helfen Sie uns, diese vor Gericht zu bringen.
Bis zu € 25.000 - Belohnung für wertvolle Informationen

www.operationlastchance.org
info@operationlastchance.de
Hotline: 0800-5894806

SMON
WESSENTIAL
CENTER

LITZ

Anzeige

Am helllichten Tag und unter aller Augen ...

In diesem Jahr jähren sich die ersten Deportationen aus Berlin zum 72. Mal. Am 18. Oktober 1941 verließ vom Gleis 17 des Bahnhofs Grunewald der erste Deportationszug Berlin in Richtung des Ghettos Litzmannstadt/Lodz. Knapp ein Jahr später ab August wurden diese vom Bahnhof an der Putlitzbrücke in Moabit fortgesetzt. Daher rufen wir seit 1990, so auch in diesem Jahr, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. In den letzten Jahren haben sich regelmäßig viele hundert Menschen an unserer Kundgebung und der anschließenden Demonstration beteiligt. Sie orientiert sich dabei an dem Weg, den die Juden_Jüdinnen vom Sammellager in der Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putlitzbrücke am helllichten Tag unter aller Augen gehen mussten. Von den Gleisen 69, 81 und 82 aus wurden 30.000 Berliner Juden_Jüdinnen in die Vernichtungslager deportiert, unter ihnen 1800 Menschen aus Moabit.

Vor 70 Jahren, am 19. April 1943, erhoben sich die im Warschauer Ghetto die Kämpfer_innen der Jüdischen Kampforganisation (ŻOB), des Jüdischen Militärverbandes (ŻZW) und anderen unabhängigen Gruppen, wie die um Moses den Bolschewiken, gegen die deutschen Mörder. Über Warschau flatterte die Fahne mit dem Davidstern zusammen mit der polnischen Fahne. Am 2. August 1943 erhoben sich die Häftlinge im Vernichtungslager Treblinka und am 14. Oktober 1943 im Vernichtungslager Sobibór. „Zum ersten Mal geriet der Mythos der unangreifbaren und allmächtigen Deutschen ins Wanken,“ sagte dazu Marek Edelman, einer der Anführer der ŻOB, „dies war der Wendepunkt“. 1942 hatte Reichspropagandaminister Josef Goebbels, verkündet: „Ob Deutschland siegt oder unterliegt, die Juden werden ausgemerzt!“

Das genaue Ausmaß der Vernichtung und des Widerstands dagegen ist weiter unüberschaubar und so sind es die Details, die den Schrecken aber auch das Heldentum erahnen lassen. So bleibt uns zum Beispiel Phillip Bialowitz, der uns am 9. September 2013 in Berlin zum Tag der Erinnerung und Mahnung besucht hat, in Erinnerung: Er nahm mit seinem Bruder Symcha mit sechzehn Jahren am Aufstand der Häftlinge in Sobibor teil. Zuvor war seine gesamte Familie aus dem Städtchen Izbica in Ostpolen von den Nazis ermordet worden.

Diese Zeitung und unsere Gedenkkundgebung und Demonstration am 9. November sind ein kleiner, aber entschiedener Gegenpart zu den deutschen Zuständen. Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus gehören in Deutschland keineswegs der Vergangenheit an. Den Betroffenen damals und heute gilt unsere Solidarität.

Die Erinnerung an die deutschen Verbrechen, den Holocaust, wachzuhalten, daran zu erinnern dass eine Mehrheit der Deutschen den Verbrechen zustimmte ist eines unserer Anliegen. Darauf hinzuweisen, dass auch heute oft Ablehnung, Mitleidlosigkeit und Hass, z.B. gegen Flüchtlinge, in unserer Gesellschaft herrschen, wie jüngst bei den Ereignissen um neue Flüchtlingsunterkünfte in Hellersdorf, Neukölln und anderen Orten in Berlin, ist ein weiteres Anliegen.

Wir freuen uns, dass wir Ralf Bachmann als Zeitzeugen und Überlebenden des Naziterrors bei uns am 9. November begrüßen dürfen. Er wurde 1929, als Sohn einer jüdischen Mutter im sächsischen Crimmitschau geboren, wuchs unter ärmlichen und schwierigen Verhältnissen in Leipzig und Grimma auf. Er stammt aus einer weitverzweigten deutsch-jüdischen Familie, sein Vater wurde als Sozialdemokrat, seine Mutter als Jüdin von den Nazis verfolgt. Er arbeitet(e) als Journalist und Schriftsteller. Bachmann war 1989 Mitbegründer des Jüdischen Kulturvereins in Berlin.

Wir freuen uns, dass uns Andrée Leusink als Zeitzeugin und Überlebende des Naziterrors zum zweiten Male besucht. Sie überlebte als verstecktes Kind den Holocaust in Frankreich und der Schweiz. Heute ist sie aktiv in der antifaschistischen Bewegung, darunter den „Child Survivors Deutschland - Überlebende Kinder der Shoah“ und der VVN-BdA Berlin-Pankow.

Für die musikalische Unterstützung sorgt die Gruppe Zhetwa.

AIM / Antifaschistische Initiative Moabit, Oktober 2013

**Gedenkkundgebung und antifaschistische Demonstration. 9. November 2013,
17.00 Uhr, Deportationsmahnmal in der Levetzowstraße (Ecke Jagowstraße) in Moabit.**

75 Jahre nach der Pogromnacht

Kein Vergessen! Kein Vergeben!

Gegen Antisemitismus und Rassismus in Deutschland, Europa und überall!



Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße

Auftakt zur Vernichtung

Die Gewalt der Pogrome vom 7. bis 13. November 1938 fand am 9. November ihren vorläufigen Höhepunkt. Überall in Deutschland und Österreich brannten die Synagogen, jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden überfallen, demoliert und geplündert. Deutsche Antisemit_innen demütigten, schlugen, vergewaltigten und ermordeten Juden_Juedinnen. Etwa 30.000 Männer wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt.

Die Pogrome stellten eine weitere, entscheidende Eskalation der antisemitischen Politik des NS-Regimes dar. Bis dahin hatten die Nazis die deutschen Juden_Juedinnen Schritt für Schritt aus der Gesellschaft ausgegrenzt: Mit Berufsverboten, Ausschluss aus den Universitäten, später mit den „Nürnberger Rassegesetzen“ oder der „Arisierung“ jüdischer Unternehmen. Die antisemitische Politik wurde nach den Novemberpogromen immer gewalttätiger und gipfelte letztlich in dem Versuch, alle Juden_Jüdinnen Europas gezielt und umfassend zu vernichten. Bis 1945 hatten die Nazis sechs Millionen Juden_Jüdinnen ermordet.

75 Jahre danach – Zerstörte Vielfalt?

75 Jahre nach den Novemberpogromen und 68 Jahre nach der militärischen Zerschlagung des Naziregimes und damit der Beendigung des industriellen Massenmords an den europäischen Juden_Jüdinnen, hat sich die deutsche Täternation zur „Gedenkweltmeisterin“ gemausert. Statt Schuldabwehr und Verdrängung haben Staat und Gesellschaft das „Gedenken“ auf die politisch, moralische Aufgabenliste der deutschen Staatsbürger_innen gesetzt. Unter dem Titel „Zerstörte Vielfalt“ wird 2013 in Berlin mit zahlreichen Veranstaltungen tausendfach den Opfern des Nazismus gedacht. Für viele Opfer des Nazismus ist dies eine, wenn auch späte Ehrung, Anerkennung und Genugtuung. Aber dieses vielfache Engagement, auch Aufarbeitung genannt, stellt sich oft auch durchaus zwiespältig dar. So droht hinter dem Titel „Zerstörte Vielfalt“, die Tatsache zu verschwinden, dass der Naziterror, der mit der Verfolgung politisch Andersdenkender begann und mit der systematischen Vernichtung der Juden_Jüdinnen fortgesetzt wurde, von einer großen Mehrheit der Deutschen toleriert und auch richtig gefunden wurde. Berlin verlor ab 1933 seine „Vielfalt“, die Opfer jedoch vielfach ihr Leben, seien sie nun eine „Bereicherung“ Berlins gewesen oder nicht.

Indes schreitet die Gleichsetzung „zweier deutscher Diktaturen“ im antitotalitären Gewand weiter voran und wurde sogar zum deutschen Exportschlager. In Osteuropa wird jetzt die Befreiung vielfach auf das Ende des Real-Sozialismus gelegt. Hier hat sich der Schwerpunkt des Gedenkens eindeutig auf die sogenannte „rote Diktatur“ verlagert. Das hat zur Folge, dass z.B. in den baltischen Staaten alljährlich SS-Veteranen aufmarschieren, während die Staatsanwaltschaft gegen ehemalige jüdische Partisanen ermittelt.

„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“ (Primo Levi)

Das immer noch zahlreiche Opfer des Nazismus in ganz Europa und Israel auf eine Entschädigung und damit eine Anerkennung ihrer Leiden warten, kommt hinzu – Erinnerung darf nichts kosten.

Schenkelklopfen bei Antisemit_innen dürfte die bisherige Weigerung der Bundesregierung auslösen, sich finanziell an dem Erhalt und Betrieb der Gedenkstätte für das deutsche Vernichtungslager in Sobibor zu beteiligen, da dort angeblich keine aus Deutschland stammenden Opfern zu beklagen seien.

Antisemitismus - ein stets abrufbares Ressentiment

75 Jahre nach den Novemberpogromen ist Antisemitismus immer noch ein weit verbreitetes Ressentiment in Deutschland. 30 Prozent der Deutschen meinten 2012 laut einer Studie, dass „die Juden die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil ausnutzen“ - ein Schlag ins Gesicht jedes Holocaustüberlebenden. .

Und die Antisemit_innen schreiten weiterhin zur Tat. Friedhofschändungen wie in Wildeshausen, Erfstadt, Rietberg-Neuenkirchen, Neustadt, Treuchtlingen, Schändungen von Gedenkstätten und - Zeichen waren auch im vergangenen Jahr an der Tagesordnung. 82 Anschläge auf Synagogen wurden zuvor in Deutschland zwischen 2008 und 2012 verübt. Der Friedenauer Stadtführerin Petra Fritsche schmierten im Mai Unbekannte „Vorsicht Judenfreundin“ auf die Wohnungstür. Petra Fritsche setzt sich seit Jahren für die Stolpersteininitiative Stierstraße ein. Die dortigen Stolpersteine, die an ermordete Friedenauer Juden_Jüdinnen und an einen ehemaligen Gebetsraum erinnern, wurden schon mehrfach geschändet

Dass offener Antisemitismus selbst in Parlamenten wider geäußert wird, zeigt das Beispiel Ungarn. Abgeordnete der faschistischen Jobbik-Partei fallen regelmäßig durch antisemitische Hetze auf. Und jeder dritte ungarische Student würde laut Umfragen die antisemitische und rassistische Partei Jobbik wählen. Im März 2013 fand die weltweit renommierte ungarische Philosophin Agnes Heller an ihrer Bürotür in der Budapester Universität die Aufschrift: „Juden! Die Universität gehört uns, nicht Euch. Beste Grüße: Die ungarischen Studenten.“ Eine konsequente Distanzierung der Regierung und der Regierungspartei Fidezs von Jobbik blieb bis jetzt aus. Ein weiteres Angriffsziel für Jobbik sind die ungarischen Roma. Ungarische Angehörige des Internationalen Auschwitz-Komitees und der Verband der Ungarischen Antifaschisten und Widerstandskämpfer (MEASZ) warnen seit Jahren vor dieser tödlichen Gefahr.

20 Jahre faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl - Rassistische Mobilisierung und kein Ende

Am 3.Juni 1993 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD den so genannten Asylkompromiss. Vorausgegangen waren die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Er beseitigte mit der Einführung des Prinzips der „sicheren Drittstaaten“ - Deutschland besitzt mittlerweile keine unmittelbare EU-Außengrenze mehr - de facto das Recht auf Asyl. Ein erfolgversprechender Asylantrag sollte so unmöglich gemacht werden. Damit wurde auch eine im Grundgesetz festgeschriebene Konsequenz aus dem National-

sozialismus annulliert. Auch die Bundesregierung trieb in der Folge die militärische Sicherung der Außengrenzen der „Festung Europa“ u.a. im Mittelmeer maßgeblich voran. Der Untergang eines mit 500 Geflüchteten aus Somalia und Eritrea besetzten Fischkutters Anfang Oktober mit über 300 Toten vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa zeigt die Konsequenzen und den Preis der rassistischen Abschottungspolitik drastisch auf.

Die Geflüchteten, die die BRD dennoch erreichen, erwarten hier rassistische Sondergesetze wie die Residenzpflicht und die Unterbringung in Sammelunterkünften. Und den Bewohner_innen dieser Unterkünfte schlägt regelmäßig der Rassismus der deutschen Mehrheitsgesellschaft entgegen. Schlagzeilen machte im Sommer der Berliner Bezirk Hellersdorf. Als im Juni bekannt wurde, dass dort eine Notunterkunft für Geflüchtete eingerichtet werden soll, bot sich rasch eine „Bürgerinitiative“ mit der Parole „Nein zum Heim“ rassistischen Anwohner_innen als Aktions- und Propagandaplattform gegen die zukünftigen Bewohner_innen an. Auf einer Bürgerversammlung mit fast tausend Besucher_innen herrschte Pogromstimmung. In der Folge rangelten im Wahlkampf NPD, Pro D andere rechtsradikale Parteien in Hellersdorf mit Kundgebungen und Aktionen um die Stimmen der „deutschen“ Anwohner_innen.

Auch die aktuellen Äußerungen von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich können da durchaus mithalten. Er fordert die Abschiebung von EU-Bürger_innen aus Rumänien und Bulgarien, die er als „Arbeitsflüchtlinge“ diffamiert, die sich angeblich nur aus den Sozialleistungen bedienen wollten.

All sei nichts passiert – NSU ohne Konsequenzen

Zwischen 2000 und 2007 brachte der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) neun migrantische Gewerbetreibende und eine Polizistin um und verübte brutale Bombenanschläge u. a. in der überwiegend von Migrant_innen bewohnten Kölner Keupstraße. Als sich die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, selbst enttarnten, kam ans Licht, was man hätte schon lange wissen können. Verfassungsschützer_innen von Bund und Ländern hatten seit Anfang der 90iger Jahre den Aufbau einer terroristischen Neonaziszene finanziell und logistisch über sogenannte V-Leute unterstützt und die Aufklärung von neonazistischen Straftaten systematisch behindert oder unterbunden. Mehrere Millionen Euro flossen in die Taschen von Neonazis. Die Festnahme von Böhnhardt und Mundlos wurde hintertrieben. Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass der V-Mann, der nach Ansicht der Ermittlungsbehörden für die „Architektur des NSU“ verantwortlich war, mit insgesamt 66.000 DM entlohnt wurde. Zuvor waren sich die Polizeibeamt_innen, die in den Mordfällen ermittelten, seltsam einig gewesen. Ermittelt wurde im gesamt Zeitraum vor Allem im migrantischen Milieu und gegen die Angehörigen der Opfer. Die Bilanz ist eindeutig - der deutsche Staat förderte Neonazis und demütigte gleichzeitig systematisch deren Opfer. Neonazi-Netzwerke wurden als „Zelle“ oder Einzeltäter verharmlost, während die Opfer fast automatisch als Mitglieder von mafiösen Netzwerken diffamiert wurden.

Vor diesem Hintergrund sollte es eigentlich verwundern, dass nach dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschuss kaum politisch

„Erinnern heißt handeln“ (Esther Bejarano, Auschwitz-Komitee)

Verantwortliche ihren Hut nehmen mussten. Stattdessen sollen es weiter die richten unter deren Augen die Neonazis mordeten. Die Verfassungsschutzbehörden sollen ausgebaut statt abgeschafft, die Trennung von Polizei und Geheimdiensten weiter aufgeweicht werden.

Das Entsetzen über den „NSU-Skandal“, der doch vor allem den immanenten strukturellen Rassismus der hiesigen Gesellschaft aufzeigte, ist wieder staatstragenden Verbesserungsvorschlägen gewichen. Den (zukünftigen) Opfern ist damit nicht geholfen und ihr Platz in der rassistischen Rangordnung weiter festgeschrieben.

Operation LAST CHANCE - Noch leben die Mörder

Die Verurteilung von John Demjanjuk im Mai 2011 wegen Beihilfe zum Mord in tausenden Fällen im Vernichtungslager Sobibor war Auslöser für fünfzig „neue“ Ermittlungsverfahren im Frühjahr 2013 gegen ehemalige KZ-Wächter in Auschwitz, was wir an dieser Stelle ausdrücklich begrüßen.

Die Münchener Richter hatten sich damit erstmals in der bundesdeutschen Justizgeschichte zu der Einsicht durchgerungen, dass sich alle 6000 Männer und Frauen, die in den Wachbataillonen der SS in den Lagern Auschwitz, Sobibór, Treblinka, Belzec und Majdanek gearbeitet haben, der Beihilfe zum Massenmord schuldig gemacht haben. Fünfzig neue Ermittlungsverfahren, die innerhalb weniger Monate eingeleitet werden konnten, zeigen aber auch, wie viele NS-Täter seit 1945 ungestraft davon kamen, bzw. das Straf- und Verfolgungslosigkeit bei den (bundes)deutschen Behörden die Regel war.

„Spät, aber nicht zu spät“ ist dementsprechend das Motto der „Operation Last Chance“ des Simon Wiesenthal-Centrums und des Nazijäger Efraim Zuroff, die Kopfgelder auf noch lebende Nazitäter aussetzt. Die nächste Zeit muss zeigen, ob Deutschland das sicherste Land für Nazitäter bleibt oder ob den überlebenden Opfern des Nazismus und ihren Familien noch ein wenig späte Gerechtigkeit widerfährt. „Noch leben die Mörder unserer Kameraden! [...] Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! :Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“ Diese Sätze stammen aus dem Schwur der Häftlinge von Buchenwald vom 19. April 1945. Er ist immer noch nicht eingelöst.

Israel - Staat der Überlebenden des Holocaust

200.000 Überlebende des Holocaust leben heute noch in Israel. Israel wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg Zufluchtsort für diejenigen, die sich dem Morden des Naziregimes entziehen konnten. Unter den Kämpfenden des israelischen Unabhängigkeitskrieges von 1948 waren sehr viele Juden_Jüdinnen, die das Naziregime knapp überlebt und als Partisan_innen oder Soldat_innen der Alliierten gegen die Deutschen gekämpft hatten. Antifaschistische Organisationen wie die VVN begrüßten damals die Gründung des Staates Israel als einen notwendigen Schritt zur Schaffung eines Ortes, wo es keine antisemitische Ausgrenzung und Morddrohungen mehr geben sollte.

Aber 68 Jahre nach der Beendigung des Holocaust an den europäischen Juden_Jüdinnen muss Israel sich weiterhin gegen weltweite Delegitimierungsversuche und politische Bewegungen in seinen Nachbarländern kämpfen, die dem jüdischen Staat jegliche Existenzberechtigung absprechen. Diese Anfeindungen fordern auch heute die Solidarität von Antifaschist_innen mit den angegriffenen Juden_Jüdinnen.

Erinnern heißt handeln (Esther Bejarano, Auschwitz-Komitee)

„Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten!“

Dies haben uns die überlebenden Opfer des Nazismus und lebenslange Kämpfer_innen gegen Neonazismus immer wieder aufgetragen, sie haben uns begleitet, unterstützt und ermutigt. Sie haben uns erklärt, was es bedeutet als Flüchtling leben zu müssen, was es bedeutet nicht mehr als Mensch betrachtet zu werden. Aber sie haben uns auch nahegebracht wie wichtig Solidarität und Widerstand sind. Wir werden unsere Kämpfe bald ohne sie führen und eigene Worte und Wege finden müssen.

Dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen daraus einzufordern, bleibt die wichtigste Aufgabe für alle Antifaschist_innen.

In diesem Sinne hoffen wir, möglichst viele von Euch am 9. November auf der Gedenkdemostration in Moabit zu sehen.

Antifaschistische Initiative Moabit, 2013



Deportationsmahnmal an der Putlitzbrücke

„Das größte Denkmal liegt in uns selber“

Ein Kommentar zu Sparmaßnahmen der Bundesregierung bei „polnischen Gedenkstätten“

Ehemalige jüdische Häftlinge und Widerstandskämpfer verhindern erinnerungspolitischen Schlusstrich der Bundesregierung und überführen sie der systematischen Lügen bei der Ablehnung ihrer Verantwortung für die Gedenkstätte des deutschen Vernichtungslagers Sobibor.



Es waren „außergewöhnliche Umstände“ auf die sich Philip Bialowitz bezog, als er seinen Besuch beim Tag der Mahnung der Berliner VVN-BdA in Berlin dazu nutzte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) einen Brief zu überreichen, in dem er, um „Unterstützung für das Projekt der neuen Gedenkstätte im ehemaligen deutschen Vernichtungslager Sobibór“ bat. Der aus dem ostpolnischen Shtetl Izbica stammende Bialowitz ist einer der letzten Überlebenden des Vernichtungslagers und war aktiv an den Aufstandsvorbereitungen beteiligt, die zur Selbstbefreiung zahlreicher jüdischer Häftlinge am 14. Oktober 1943 führten. Nach dem Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943, stellt der Aufstand in Sobibór eines der größten und erfolgreichsten bewaffneten Erhebungen der Juden gegen den deutschen Faschismus und seine Vernichtungspolitik gegenüber den europäischen Juden dar.

Mit „außergewöhnlichen Umständen“, umschrieb Bialowitz euphemistisch die systematischen Unwahrheiten der Bundesregierung mit denen sie sich der Verantwortung für die Gedenkstätte entledigen will. Es ist beschämend, dass ein jüdischer Holocaust-Überlebender sich bemüßigt sieht, nach Deutschland zu kommen, um dem exkulpatorischen und revisionistischen Treiben Deutschlands ein Ende zu setzen. In der Bundestagsdebatte am 26.01.2012 hieß es „die polnische Seite [hat] zu keinem Zeitpunkt um Hilfe ersucht“. Damit wurden den Abgeordneten nicht nur falsch informiert, sondern auch der Antrag der Bundestagsfraktion die LINKE „Erhalt der Gedenkstätten nationalsozialistischer Vernichtungslager sicherstellen“ (BT-Drs. 17/7028) als gegenstandslos abgeschmettert. Vor dem Hintergrund der vorübergehenden Schließung des Museums der Gedenkstätte in Sobibor wurde darin gefordert „De[n] Erhalt und die Unterhaltung der Gedenkstätten der in deutscher Verantwortung in Polen errichteten Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau, Belzec, Chelmno, Majdanek, Sobibór und Treblinka“ zur „zentralen Aufgabe deutscher Erinnerungspolitik“ zu machen.

Mit einer bigotten Charming-Offensive gegenüber Polen, versuchte die deutsche Regierung in der Bundestagsdebatte die Verantwortung für den Erhalt der Gedenkstätten jenen Staaten aufzubürden, in denen diese sich heute befinden. Thomas Strobl von der CDU/CSU lehnte jegliche finanzielle Verantwortung mit der Begründung ab „Polen ist ein starker Partner Deutschlands, kein hilfsbedürftiger Kostgänger.“ Patrick Kurth von der FDP fügte subtil hinzu: „Das gehört sich für uns als Deutsche nicht. Polen hat unser Vertrauen. Das Land betreibt hervorragende Gedenkstättenarbeit. Das gilt auch für Sobibór.“

Dabei wurde der Geist der Theresienstädter Erklärung von 2009, ein Ergebnis der Prager Konferenz über Holocaust-Vermögenswerte in sein Gegenteil verkehrt. Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt behauptete, dass die „Theresienstädter Erklärung von 2009 Richtschnur für unser Handeln“ sei und darin „der Erhalt von Gedenkstätten und jüdischen Friedhöfen grundsätzlich die Aufgabe des Landes ist, in dem sie liegen.“ Dabei blendete Sie den Kontext der dort festgeschriebenen Verantwortung einzelner Staaten bezüglich der Restitution jüdischen Eigentums aus und wandelte es in ein Dokument bürokratischer Spitzfindigkeit, in der angeblich die Zuständigkeit für Erinnerung an den Holocaust zur Ländersache erklärt und Deutschland von jedweder Verantwortung für Erinnerungsarbeit freigesprochen wird. In der Bundestagsdebatte verlautbarte Pieper: „Polen hat uns ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nicht will, dass Deutschland in diesem Fall an diesem Projekt beteiligt ist.“ In einem Beitrag des ARD-Magazins Kontraste vom 26.09.2013 setzte sie dem noch eine Krone auf und stellte fest: „Man hat uns gesagt, dass man bis jetzt Projekte in Sobibór mit anderen Partnern vorbereitet, also mit den Ländern, die davon betroffen waren, die dort auch Inhaftierte hatten. Da war Deutschland nicht dabei.“

Offenbar hat Pieper vergessen, dass Deutschland, dessen Subjektidentität mit dem Deutschen Reich immer wieder von der Bundesregierung bestätigt wurde, sehr wohl mit ihren SS-Wachmannschaften „dabei war“. In dem deutschen Vernichtungslager Sobibor wurden nach unterschiedlichen Schätzungen ca. 20.000 deutsche Juden von insgesamt ca. 250.000 europäischen Juden auf brutale Weise mit Motorabgasen erstickt. Deutschland hat somit nicht nur die moralische Verantwortung und Pflicht, sondern auch ein genuines Recht an dem internationalen Projekt teilzunehmen, um auch in der neuen Ausstellung die Schicksale der deutschen Juden angemessen berücksichtigt zu wissen.

Im Januar 2013 wurde eine internationale Ausschreibung für das neue architektonische Konzept der Gedenkstätte entschieden. Das Gesamt-Budget beläuft sich auf umgerechnet ca. 3 Mio. EUR. Die Niederlande haben bereits 1 Mio. EUR, Polen 600.000 EUR, die Slowakei 150.000 EUR Unterstützung zugesagt. Auch Israel hat seine Unterstützung angekündigt. Es ist skandalös, dass an der Initiative nach wie vor die deutsche Seite nicht partizipiert.

Bereits am 29.01.2013 hatte sich Piotr Żuchowski, Vize-Minister im polnischen Kulturministerium, an den deutschen Botschafter in Warschau Rüdiger Freiherr von Fritsch schriftlich mit der Bitte, um

Phillip Bialowitz besuchte im September 2013 auf Einladung der Berliner VVN-BdA Berlin. Er nahm am Tag der Erinnerung und Mahnung teil und sprach in der Humboldt-Universität. Er nahm mit seinem Bruder Symcha mit sechzehn Jahren am Aufstand der Häftlinge in Sobibór teil. Zuvor war seine gesamte Familie aus dem Städtchen Izbica in Ostpolen von den Nazis ermordet worden.

Das Foto entstand kurz vor seinem Vortrag am 10. September 2013 in der Humboldt-Universität.



finanzielle und inhaltliche Unterstützung für das internationale Projekt der neuen Gedenkstätte gewandt. Zuvor nahm von Fritsch an der Diskussion über die zukünftige Gedenkstätte im Kultur-Ministerium teil, wo er von den Ergebnissen der internationalen Ausschreibung des Architektur-Wettbewerbs erfuhr.

Der zuständige Vertreter des Departement für Nationales Erbe im polnischen Ministerium für Kultur Jan Łazicki, bestätigte gegenüber der Zeitschrift Konkret, dass ihm bislang „unbekannt sei, dass die Teilnahme an der internationalen Gedenkstätte Sobibór exklusiv wäre und für bestimmte Partner verschlossen sei.“ Schon in der Vorbereitungsphase im Jahre 2012 bemühte sich die Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung als Koordinatorin des Projektes um eine Erweiterung des Kreises der teilnehmenden Länder. Die Bundesregierung hat aber von Anfang an bei Gesprächen darüber Desinteresse und mangelnden guten Willen gezeigt.

Dariusz Pawłó von der Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung erklärte, dass alle an dem Projekt teilnehmenden Staaten wie Israel, die Niederlande, die Slowakei und Polen auch nicht extra eingeladen wurden zur Teilnahme, sondern eigeninitiativ handelten: „Das Projekt stand von Anfang an allen offen als eine internationale Initiative im werden. So war auch Tschechen anfangs dabei, musste jedoch aufgrund der Finanzkrise seine Teilnahme absagen.“

Das Bemühen Deutschlands um einen erinnerungspolitischen Schlussstrich belegt auch die Verhinderung einer Studienreise von Abgeordneten des Deutschen Bundestages an den Ort des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers Sobibór. Die 2012 von Agnes Krumwieder (Bündnis 90/Die Grünen) vorbereitete Reise wurde durch das Auswärtige Amt -aus terminlichen Gründen- wie es hieß abgesagt. Es erstaunt jedoch, dass seit einem Jahr auch angesichts des runden 70. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge kein neuer Termin gefunden wurde. Offenbar ist eine historische Auseinandersetzung

mit dem Thema von Deutschland unerwünscht. Gleichzeitig hat die Bundesstiftung EVZ im Frühjahr einen Antrag auf Ehrung der von der Reichsbahn in das Vernichtungslager transportierten Juden, darunter auch Tausenden deutsch-jüdischen Kindern und Exilanten, die in den Niederlanden Zuflucht gesucht hatten, abgelehnt. Die Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ versuchte im Juli 2013 erfolglos einen zweiten Förderantrag zu stellen, der 80 deutschen Jugendlichen eine Fahrt zu den kommenden Sobibór-Feierlichkeiten ermöglichen. Auch dies hat die Bundesregierung offensichtlich nicht gewünscht. So saßen auch bei der jüngsten Konferenz der Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung Anfang Oktober lediglich privat angereiste VertreterInnen deutscher Nichtregierungsorganisationen, die in der Erinnerungsarbeit engagiert sind, dem polnischen Kulturminister Bogdan Zdrojewski und dem Auschwitz-Überlebenden Władysław Bartoszewski, dem Bevollmächtigten der polnischen Regierung für Internationalen Dialog, alleine gegenüber.

Thomas Strobl, von der Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der in dem Aufbau der Stiftung Flucht, und Vertreibung das zentrale Gedenkvorhaben Deutschlands sieht, drückte es in der Bundestagsdebatte mit seiner urtümlich deutschen Sensibilität aus: „Das größte Denkmal, das wir den Opfern des Holocaust errichten können, liegt nicht in Polen, liegt nicht in Deutschland oder sonst wo, sondern in uns selber.“ Offenbar will er damit, den Geruch des ewig Gestrigen loswerden.

*Kamil Majchrzak ist u.a. Mitglied der Berliner VVN-BdA.
Im Sommer 2013 begleitete er Philip Bialowitz
auf seinem Besuch in Berlin.*

Der Artikel wird in ähnlicher Form auch in der Zeitschrift Konkret erscheinen.

Neue, alte Hetze

Antiromaistische Hetze – ein europäisches Motiv

Am 25. Oktober 2012 wurde das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas im Berliner Tiergarten in Anwesenheit von Angela Merkel eingeweiht. Erst 1982 hatte die BRD den Völkermord an Sinti und Roma überhaupt anerkannt. Und erst zehn Jahre später stimmte die Bundesregierung der Errichtung eines Denkmals zu. Sinti und Roma waren auch nach 1945 Diskriminierung und Ressentiments ausgesetzt: Ob durch Polizei-Repression, Gesetze oder durch Stimmungsmache in Medien und Politik. Und heute ist es nicht anders.

„Studieren, arbeiten, Steuern zahlen“ (Hans-Peter Friedrich)

Fast zeitgleich zur Einweihung der Gedenkstätte hetzte Innenminister Friedrich gegen sogenannte „Armutsmigration“. Im Vorfeld eines EU-Treffens forderte er „schärfere Regeln“ für Asylbewerber_innen aus Serbien und Mazedonien: Barleistungen sollen herabgesetzt und Schnellverfahren eingeführt werden, um Asylsuchende innerhalb von 48 Stunden nach Antragsstellung abschieben zu können. Zynisch: Friedrich fokussierte die Debatte dabei sogleich auf Sinti und Roma. Kurz vor dem winterlichen Abschiebestopp ordnete er seine Behörden an, sich besonders auf Abschiebungen von Sinti und Roma zu konzentrieren.

Auch Einwanderer_innen aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien wurde pauschal der Missbrauch von Sozialleistungen vorgeworfen, obwohl sogar laut einer Studie der EU-Kommission weniger als 5 % der EU-Zuwanderer_innen Sozialleistungen in Deutschland in Anspruch nehmen. Gemeinsam mit europäischen Amtskolleg_innen forderte Friedrich die EU-Kommission auf, die Freizügigkeit einzuschränken, um „Sozialbetrüger“ innerhalb der EU ausweisen und ein Wiedereinreiseverbot verhängen zu können.

Rassismus und Sozialchauvinismus - alles für den deutschen Standort

Die von Friedrich & Co. propagierte „harte Linie“ folgt unmittelbar der kapitalistischen Leistungsideologie: Menschen, die in der EU leben wollen, müssen ökonomisch nützlich sein. Alle anderen bleiben unerwünscht. Dafür wurde ein europäisches Asylregime mit Frontex und Dublin II installiert, in Deutschland wurde das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft. Die Abschottung nach außen hat System und folgt standortnationalistischen Kriterien. Und auch innerhalb des EU-Binnenmarktes würde Friedrich die Migration gerne nach der Wertbarkeit für den Arbeitsmarkt organisieren und phantasiert dafür den angeblichen „Sozialbetrug“ von Sinti und Roma aus Bulgarien und Rumänien herbei.



Die Gesellschaft ist dabei williger Partner dieser Politik: Deutschlandweit sprießen rassistische „Bürgerinitiativen“ wie Pilze aus dem Boden, die als vermeintliche Schuldige für soziale Probleme unter anderem auch Sinti und Roma ausgemacht haben. So zum Beispiel in Duisburg-Rheinhausen, wo Anwohner_innen mit ProNRW und Nazis gemeinsam seit Monaten gegen ein „Roma-Haus“ mobilisieren und hetzen. Die wirtschaftliche Ausgrenzung und rassistische Verfolgung, wie sie viele Sinti und Roma auf dem Balkan und in Osteuropa seit den 90ern erfahren müssen, bleiben dabei von Politik und Mehrheitsgesellschaft vollkommen unbeachtet. Solidarität mit Menschen in einer schwierigen Lage? Fehlangelegenheit. Gerade in der Krise werden soziale Rechte als nationale Privilegien verstanden und als solche verteidigt.

Bei dem Rassismus gegen Sinti und Roma verbinden sich antiromaistisches Ressentiment („fahrendes Volk“, „kriminelle Ader“) und sozialchauvinistische Ideologie - sie werden zu kriminellen, sich abschottenden Schmarotzern stigmatisiert.

Antiromaistische Hetze – ein europäisches Motiv

In Frankreich hat die Hollande-Regierung die rassistische Politik von Sarkozy gegen Sinti und Roma fortgesetzt: Sie räumt Wohnungen und Häuser, setzt Menschen auf die Straße und schiebt gruppenweise nach Rumänien oder Bulgarien ab.

Anderorts ist es noch dramatischer: In Tschechien gibt es seit Sommer 2013 eine landesweite Welle antiromaistischer Übergriffe – Aufmärsche von militanten Nazis und Bürgermobs, die Wochenende für Wochenende versuchen Häuser anzugreifen, in denen Sinti und Roma wohnen. In Ungarn ist es ähnlich – auch dort gibt es Ausschreitungen von Jobbik-Mobs, die Regierung Orbán heizt die Stimmung mit diskriminierenden Gesetzen und rassistischen Aussagen an.

Eine Fortsetzung der europaweiten Hetze ist zu befürchten. Allein in Frankreich kann die Front National von Marie Le Pen, die ihre Popularität einer antiromaistischen Kampagne zu verdanken hat, bei den anstehenden Europawahlen mit 24 % rechnen und wäre damit die stärkste französische Partei im Europaparlament.

Mit dem Einzug einer faschistischen Fraktion ins Europaparlament ist längst zu rechnen.

Theorie Organisation Praxis [TOP B3rlin]



Koffer eines deportierten jüdischen Ehepaares in Auschwitz

Gedenken an den Beginn der Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Berlin vor 72 Jahren

Am 18. Oktober 1941, vor 72 Jahren, verließ der erste Berliner »Osttransport« mit 1.089 Juden_Juedinnen den Bahnhof Grunewald in Richtung des Ghettos Litzmannstadt. Am 16. Oktober hatte die Gestapo mit Einweisungen in das Sammellager Levetzowstraße, eine große, zynisch zweckentfremdete Synagoge, begonnen. Im Anschluss mussten die Juden_Juedinnen »in einem langen Zug durch die Stadt laufen«, wie Hildegard Henschel, die Ehefrau des letzten Berliner Gemeindevorsitzenden, später schrieb. »... abgeholt!« wurde zum Inbegriff für Deportation. Bis zum 27. März 1945 folgten weitere Verschleppungen in den Osten. 55.000 der 160.000 Mitglieder der Berliner jüdischen Gemeinden fielen dem NS-Vernichtungsprogramm zum Opfer. Darunter waren auch 1800 Juden_Juedinnen, die in Moabit lebten.

Die staatliche Eisenbahn war eine von vielen Verwaltungen, welche die antisemitische Politik des Deutschen Reiches umsetzte. So wurden seit dem Beginn des Krieges im September 1939 Juden_Juedinnen im besetzten Polen mit Hilfe der Eisenbahn „umgesiedelt“. Großdeportationen aus dem Deutschen Reich begannen im Oktober 1939 in Wien und Kattowitz, sie endeten östlich von Lublin in Nisko am San. Die Deportation der Berliner Jüd_innen folgte dem Muster der übrigen „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich. Die meisten Zuginsass_innen wurden bald nach ihrer Ankunft ermordet.

Die eigennützige Beteiligung der Bahn an diesen Verbrechen reicht aber weiter zurück: In den Jahren 1933 und 1935 wurden sämtliche jüdischen Beschäftigten bei der Reichsbahn entlassen. Bald darauf wurde Jüd_innen die Benutzung der Eisenbahn verboten. Allein im Oktober 1938 transportierte die Reichsbahn weit über 12.000 polnische Juden_Juedinnen an die damalige deutsche Ostgrenze. Nach den Pogromen im November 1938 brachte sie etwa 25.000 jüdische Männer mit Sonderzügen in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen.

Sämtliche Deportationen erfolgten auf Weisung Adolf Hitlers und Heinrich Himmlers, sie wurden von Adolf Eichmann geplant und auf Bestellung der Gestapo von der Deutschen Reichsbahn durchgeführt. Die Verkehrsverwaltung war während des Zweiten Weltkriegs vor allem mit Zugfahrten für die Kriegswirtschaft, für das Militär und die Arbeitskräfte im Deutschen Reich beschäftigt. Sämtliche durchgeführten Transporte wurden für die Gestapo zu einem ermäßigten Tarif abgerechnet.

Die „Judentransporte“ aus Berlin gingen anfangs vom Bahnhof Grunewald und danach vom Güterbahnhof Moabit ab. Die Juden_Juedinnen wurden auf LKWs oder zu Fuß durch Moabit zum Eingang des Güterbahnhofes in der Quitzowstraße verbracht, von SS- und Gestapo-Angehörigen über den gepflasterten Weg zu den Gleisen 69, 81 und 82 getrie-

ben und in Güterwaggons der Deportationszüge gepfercht. Dies geschah am helllichten Tage unter aller Augen.

Heute erinnern in Moabit das Mahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße und das Mahnmal auf der Putlitzbrücke an die Deportationen. Von der Putlitzbrücke aus konnten die Moabiter_innen die Geschehnisse ungehindert verfolgen. Seit 2007 erinnert auch eine Gedenktafel an der Moabiter Quitzowstraße an die Deportationen. Von dort aus führt ein kurzer Weg, es ist derselbe wie zur Zeit der Deportationen, zu den ehemaligen Gleisanlagen, den Deportationsrampen. Vom Gleis 69 sind noch Reste erhalten. Ein geplantes Mahnmal, wie am S-Bahnhof Grunewald, ist obwohl schon mehrfach angekündigt, jedoch bis heute nicht verwirklicht worden.

Die Mehrzahl der Transporte mit älteren Menschen nach Theresienstadt wurde am Anhalter Personenbahnhof abgefertigt, wo nichts mehr an diese historischen Vorgänge erinnert.

In diesem Jahr will die Moabiter Initiative „Sie waren Nachbarn“ den ehemaligen Deportationsweg sichtbar machen, so wie es z.B. mit dem Verlauf der „Berliner Mauer“ schon längst geschehen ist. Aber hier sind die Prioritäten halt andere. Außerdem veranstaltet sie Aktionstage, die bis 9. November gehen. Es soll Musik, Theater, Ausstellungen und Installationen geben.

Sabine Weißler (Grüne), Kulturstadträtin im Bezirk Mitte, hat versprochen sich für ein Mahnmal an den Gleisresten an der Quitzowstraße einzusetzen: „Der Ort ist sehr wichtig, dort muss etwas passieren.“ Wir sind gespannt.

Antifaschistische Initiative Moabit

*Das ist die Internetseite der Moabiter Initiative „Sie waren Nachbarn“
Dort sind weitere Informationen zu finden.
<http://sie-waren-nachbarn.de>*

Das Hoffen auf den Mob

Flüchtlingsunterkünfte als extrem rechtes Wahlkampfthema



NPDler demonstrieren am 3.9.2013 in Berlin Rudow vor einer Veranstaltung mit Peer Steinbrück gegen das geplante Flüchtlingsheim in Britz

Eine Reihe von akuten bewaffneten Konflikten von Syrien über Libyen nach Afghanistan zwingt zuletzt immer mehr Menschen zur Flucht. Auf der Suche nach Schutz vor Krieg und Verfolgung unternehmen dabei immer mehr Menschen unter Lebensgefahr den Versuch die abgeschotteten Grenzen der „Festung Europa“ zu überwinden. Trotz sich in den vergangenen Wochen wieder häufenden Schiffskatastrophen mit hunderten ertrunkenen Geflüchteten, ist ein Wandel in der auf Abschreckung und Abwehr ausgerichteten europäischen Flüchtlingspolitik nicht zu erwarten. Konservative Politiker_innen wie der Bundesinnenminister hetzen derweil medienwirksam gegen „Armutsfüchtlinge“, es treibt sie in erster Linie der Gedanken um, wie man die vermeintlichen „Sozialschmarotzer“ am schnellsten wieder abschieben könne.

Seit die Anzahl derjenigen steigt, die in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellen, wird auch in Berlin die Einrichtung von dringend benötigten Notunterkünften in mehreren Bezirken diskutiert und teilweise bereits umgesetzt. In der nicht gänzlich unbegründet erscheinenden Hoffnung an die vergangenen Erfolge vom Anfang der neunziger Jahre anzuknüpfen, versuchten auch Neonazis und andere extrem rechte Parteien das Thema für sich zu nutzen. Sie spekulieren darauf endlich ein Thema gefunden zu haben, um einen Schritt aus der eigenen Bedeutungslosigkeit zu schaffen und an rassistische Stereotype bereiterer Schichten der Gesellschaft anzuschließen. Vor allem die Berliner NPD wirft sich in die Bresche.

Als die Neuköllner CDU im Oktober 2012 im neonazigeplagten südlichen Ortsteil Rudow eine „Bürgerversammlung“ zu einer dort geplanten Unterkunft organisiert, ist die Stimmung derart von aggressiver Ablehnung geprägt, dass sich anwesende Neonazis nicht einmal selbst zu Wort melden müssen. Die NPD sieht ihre

Chance gekommen. In Flugblättern schwärzert sie von „Müll, Lärm und Kriminalität.“ In der Folge nutzt die NPD mehrere Kleinstkundgebungen im Umfeld von Veranstaltungen gegen Rechts, um für die Erhaltung von Rudows „dörflichen, deutschen Charakter“ einzutreten und trug ein entsprechendes Banner auch bei einem – blockierten- Aufmarsch im November spazieren. Als sich abzeichnete, dass die Flüchtlingsunterkunft doch weiter nördlich in Britz ihren geplanten Standort haben wird, ging die Kampagne weiter. Die NPD karrte bundesweit bekannte Kader zu Saalveranstaltungen an und versuchte weiterhin durch unangekündigtes Auftauchen bei antirassistischen Veranstaltungen, die dringend benötigte Aufmerksamkeit zu provozieren. Der Berliner Bundestagswahlkampf, in dem die Partei Neukölln zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht hatte, kannte kaum ein anderes Thema. Erfolgreich war die NPD damit bisher jedoch nicht. Während ihr Zweitstimmenergebnis bei den zurückliegenden Bundestagswahlen in Neukölln stagnierte, büßte der Neuköllner Spitzenkandidat Jan Sturm deutlich Stimmen ein. Die Hetze der NPD konnte bislang in Neukölln keine größere rassistische Mobilisierung entfachen.

Anders stellt sich die Situation in Hellersdorf dar. Im Wahllokal in der Maxie-Wander Straße, in dessen Einzugsbereich sich die medial viel beachtete Notunterkunft für Geflüchtete befindet, kam die NPD auf mehr als 10 % der Zweitstimmen, zusammen mit der nationalchauvinistischen „Alternative für Deutschland (AfD)“ gar auf 20 %. Dass der Bezirk Hellersdorf seinen ihm seit langem anhaftendem Ruf als „rechte Hochburg“ bestätigte, liegt sicher auch an der Prägung durch gewachsene Neonazi-Strukturen aus den 90er Jahren. Startschuss für die noch andauernde Auseinandersetzung war eine „Anwohnerversammlung“ am 9. Juli 2013. Auf Grund gravierender organisatori-

scher Mängel wird dieser „braune Dienstag“ wohl als Worst-Case Szenario ins antirassistische Gedächtnis eingehen. Etwa 50 angereiste Anhänger von NPD und „NW Berlin“ hetzten weitgehend ungehindert gemeinsam mit lokalen Subkultur-Neonazis gegen die Geflüchteten und bedrohten linke Aktivist_innen unter dem Applaus von hunderten von Anwohner_innen. Als maßgeblicher Akteurin trat, neben der organisierten Neonaziszene, die sogenannten „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ in Erscheinung, die zuvor mit Plakaten zu der Versammlung mobilisierte hatte. Die „Bürgerinitiative“ bildete im Folgenden ein scheinbar unvergängliches Sammelbecken für unorganisierte Rassist_innen, aber auch für neonazistische Alt-Kader_innen, die teilweise im Zuge der rassistischen Agitation gegen die Unterkunft ein politisches Comeback wagten. Das vermittelte zivilgesellschaftliche Image geriet im Laufe der Zeit jedoch endgültig zur Farce und die Eigenschaft der „Bürgerinitiative“ als neonazistische Vorfeldorganisation trat offen zu Tage. Nachdem eine erste Kundgebung der NPD im August dank starker Proteste einem Speißbrutenlauf glich, ließ sie einige Tage später ihre Bundestagswahltour außerplanmäßig in Hellersdorf Station machen.

Dass sich trotz der wort- und materialgeladeten Hetze von NPD und anderen Rassist_innen in Hellersdorf nun verstärkt solidarische Anwohner_innen aus der Deckung trauen, ist ein Verdienst des unermüdlichen Engagements antirassistischer Aktivist_innen von vor Ort und anderen Teilen Berlins.

Ob Neukölln oder Hellersdorf: Es gilt nicht nachzulassen und antirassistische Solidarität praktisch werden zu lassen!

Autonome Neuköllner Antifa (A.N.A.)

20 Jahre nach der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl

20 Jahre nach dem Mordanschlag von Solingen



August 2013: Protest gegen Rassist_innen in Berlin Hellersdorf- Refugees waren hier nicht bei allen Anwohner_innen willkommen

Unmittelbar nach der deutschen Einheit führte eine rassistische Medien- und Gewaltkampagne zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Neonazis, unbescholtene Bürger_innen und die etablierten Parteien verkündeten unisono, dass in Deutschland kein Platz mehr sei für Asylsuchende. Noch während des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen vereinbarten CDU/CSU, FDP und SPD eine entsprechende Grundgesetzänderung. Der Grundgesetzartikel 16, der – als politisches Bekenntnis nach dem Nationalsozialismus –, allen „politisch Verfolgten“ einen Rechtsanspruch auf Asyl einräumte, wurde gestrichen. Ersetzt wurde er durch den Abschiebe-Artikel 16a. Neonazis sahen sich nach dieser Entscheidung bestätigt und verübten drei Tage später einen Brandanschlag mit tödlichem Ausgang auf das Haus der Solinger Familie Genç.

Die individualisierende Einschränkung des Asylrechts auf „politisch Verfolgte“ blendet globale Macht- und Ausbeutungsverhältnisse systematisch aus – und damit die Schuld und Verantwortung Deutschlands und Europas. Koloniale Unterdrückung setzt sich heute in den Hierarchien des kapitalistischen Weltmarkts fort, in seinen gesellschaftlich produzierten Verwüstungen und Krisen. Darauf zielen zwei der zentralen Slogans der Flüchtlingsproteste: „We are here because you destroy our countries!“ Und deshalb: „Every refugee is a political refugee!“. Die EU versucht, Migration nach kapitalistischen Verwertungsinteressen zu steuern. Auch Menschen, die oft seit Jahrzehnten in Deutschland leben oder hier geboren wurden, werden im Rahmen der „Integrationsdebatte“ nach Herkunft und Leistung gleichermaßen diskriminiert. Insbesondere Menschen, denen

eine muslimische Identität zugeschrieben wird, unterstellt man ein Integrationsproblem statt die Folgen anhaltender sozialer und politischer Diskriminierung als Grund für ihre Prekarisierung zu erkennen. Menschen, die sich als Roma bezeichnen oder von außen als solche definiert werden, sehen sich mit einem ähnlichen rassistischer Diskurs konfrontiert. Dass auch dieser kulturell verbrämte Rassismus brandgefährlich ist, belegt unter anderem der Publikumserfolg Thilo Sarrazins, und auf europäischer Ebene der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien.

Der sich zunehmend am Beispiel Deutschlands orientierenden europäischen Anti-Asyl-Politik sind in den letzten 20 Jahren mehr als 16.000 Menschen zum Opfer gefallen. Auf Grundlage des Art. 16a schiebt Deutschland Flüchtlinge ab, die über vermeintlich „sichere Drittstaaten“ eingereist sind. FRONTEX zwingt Flüchtende Tag für Tag auf lebensgefährliche Routen, lässt sie ertrinken, verdursteten oder ersticken. Die, die Europa erreichen, werden einem lückenlosen Kontroll- und Abschiebesystem unterworfen. Sie müssen häufig menschenunwürdige Bedingungen wie eingeschränkte Bewegungsfreiheit, Obdachlosigkeit, systematischer Polizeigewalt und irreguläre Asylverfahren erleiden. Abschiebungen werden europaweit mit Verfolgerstaaten koordiniert. In Zukunft sollen Flüchtende bereits bei ihrer Einreise inhaftiert werden.

Seit mehr als 20 Jahren kämpfen selbstorganisierte Flüchtlingsgruppen und antirassistische Initiativen in vielen Ländern Europas gegen das deutsch-europäische Asylregime, und gegen die globalen Ausbeutungsverhältnisse, die es stützt. Sie kämpfen gegen einen Rassismus, durch den

täglich gesellschaftliche Gruppen an Hand von körperlichen Merkmalen klassifiziert, diskriminiert und ausgegrenzt werden. 2012 haben Geflüchtete in einigen Regionen Deutschlands ihre zugewiesenen Lager verlassen und in größeren Städten Protestzelte errichtet. Im Spätsommer haben sie ihre Forderungen über einen 600km langen Protestmarsch nach Berlin getragen und auf dem Oranienplatz ein Protest-Camp errichtet. Inzwischen sind Geflüchtete und Illegalisierte in anderen Ländern ihrem Beispiel gefolgt.

Ob in Eisenhüttenstadt, Wien, München, Bitterfeld, Hamburg oder Berlin: Geflüchtete wehren sich mit unterschiedlichen Protestformen gegen ihre gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung. 20 Jahre nach Abschaffung des Grundrechts auf Asyl ist dieser Kampf Vorbild und Ansatzpunkt für eine neue antirassistische Offensive.

Das System der Abschottung, Entrechtung und Diskriminierung, der Lager und Abschiebungen muss fallen.

Integration in eine rassistische Gesellschaft?! Nein Danke!

FelS - Für eine linke Strömung

Stress für NPD

Funktionärin Maria Fank

Die Antifa-Outing-Kampagne gegen die Berliner Neonaziaktivistin Maria Fank, die zur Zeit eine Ausbildung auf der Berufsfachschule für Sozialassistenten der AFBB gGmbH in Berlin-Mitte macht, hat erste Wirkung hinterlassen. Die Schulleitung wurde in den vergangenen Wochen mehrmals darauf hingewiesen, dass Maria Fank eine vom Nationalsozialismus überzeugte Frau ist, die seit Jahren auf diversen neonazistischen Veranstaltungen als Rednerin auftritt und gegen Menschen mit Migrationshintergrund hetzt sowie aktuell auch alle Flüchtlinge als „kriminelles Pack“ bezeichnet. In der Konsequenz ist solchen Personen, die extrem rassistische Positionen vertreten, eine Tätigkeit in sozialen Berufen, wo es um den Menschen geht und nicht um Hautfarbe oder Herkunft, zu verwehren.

Da es von der Schulleitung keine Reaktionen gab, auch ein Schreiben der Berliner VVN blieb unbeantwortet, hatten Antifaschist_innen am 14. Oktober vor der Schule der AFBB gGmbH zu einer Kundgebung aufgerufen. Darauf reagierte der Leiter der AFBB gGmbH Roland Schmidt dann mit der Schließung der Schule für diesen Tag aufgrund eines von ihm herbei halluzinierten Bedrohungsszenarios. Die Kundgebung fand somit vor verschlossener Schule statt und ca. 50 Teilnehmer_innen informierten über die Unvereinbarkeit rassistischer und aus der NS-Ideologie stammender Positionen mit der Ethik sozialer Berufe. Gerne wäre man auch mit den Mitschüler_innen von Maria Fank ins Gespräch gekommen, um ihnen mitzuteilen, was diese Neonazi-Frau über sie denkt. Natürlich sind auch Schüler_innen mit Migrationshintergrund in ihrer Klasse und dementsprechend äußert sich Maria Fank sehr zynisch auf ihrem Facebook-Profil: „Also ich bin schon ziemlich tolerant, mich mit solchen Menschen in einen Raum zum lernen zu setzen! Wer sollte besser in einen sozialen Beruf passen, wenn nicht ich!?“

Nachdem nun ein öffentlicher Druck hergestellt war, auch in der Berliner Tagespresse wurde darüber berichtet, führte die Schulleitung ein Gespräch mit Maria Fank und offerierte ihr, wenn sie einem Aufhebungsvertrag nicht zustimme, müsse sie mit ihrer Kündigung rechnen. Die Begründung der Schulleitung, dass sie den Schulablauf störe, ist allerdings eine sehr schwache Aussage zur Person Maria Fank und die Tatsache, dass sie mit ihrer völkisch/rassistischen Einstellung in der Öffentlichkeit Stimmung gegen Migrant_innen und Flüchtlinge macht, wird einfach ausgeblendet. Die rassistischen Hetztiraden, die Maria Fank auf diversen NPD-Kundgebungen im Bundestagswahlkampf 2013 von sich gegeben hat, könnten eventuell auch strafrechtliche Folgen haben – zumindest wird das geprüft und Strafanzeigen gegen sie werden in Erwägung gezogen. Auch das sollte die Schulleitung der AFBB gGmbH zur Kenntnis nehmen.

Ob Maria Fank nun zügig von der Schule fliegen wird, ist noch nicht abzusehen, denn sie hat angekündigt, nicht kampfflos ihren Ausbildungsplatz aufzugeben. Auf sozialen Netzwerken im Internet erfährt sie natürlich Zuspruch von ihren „Volksgenoss_innen“ und es wurde ein Facebook-Profil „Solidarität mit Maria Fank“ erstellt, wo sie als Opfer von „Menschenjagd“ und „moderner Inquisition“ hingestellt wird. Wenn man jedoch die zahlreichen Meinungsäußerungen dieser „Nazi-Aktivistin“ verfolgt, kommt man eher zu dem Schluss, dass sie eine Täterin ist, eine geistige Brandstifterin, die maßgeblich am Schüren von Pogromstimmung gegenüber Flüchtlingen beteiligt ist. Antifaschist_innen werden am Thema dranbleiben und Maria Fank weiterhin genau beobachten, und somit wird auch die Ausbildungsakademie in der Alten Jakobstraße in Berlin-Mitte mit weiteren Interventionen rechnen müssen.

Den Text haben wir der antifaschistischen Website [recherche & aktion] entnommen.

<http://www.recherche-und-aktion.net/>



Maria Fank mit Anti-Antifa-Fotograf Christian B. (sog. Nationaler Widerstand Berlin) am 20.08.2013 in Berlin Hellersdorf bei NPD-Kundgebung gegen das dortige Flüchtlingsheim

Wir gratulieren dem Antifa-Infoblatt zur 100. Ausgabe!

The image shows the cover of the 'Antifaschistisches InfoBlatt' magazine. The cover features a black and white photograph of a large crowd of people at a demonstration, with a prominent 'No Nazis' symbol (a swastika with a diagonal slash through it) overlaid on the left side. The title 'Antifaschistisches infoBlatt' is at the top, with 'info' in a large, bold font. Below the photo, the text reads 'Homophobie und die extreme Rechte'. At the bottom of the cover, the address 'Gneisenaustraße 2a 10961 Berlin' is listed, along with subscription rates: 'Einzel exemplar: 3,50 EUR', 'Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)', and 'Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)'. Contact information for the website, email, Facebook, and Twitter is provided at the bottom. A banner at the very bottom of the advertisement reads 'Kostenloses Probeexemplar'.

Anzeige

Mord an Burak B. immer noch nicht aufgeklärt



Gedenkort für Burak B. am Tatort in der Rudower Straße

Am 5. April 2012 am frühen Karfreitag um 1:15 Uhr, geschah ein bis heute unfassbarer Mordanschlag im Neuköllner Ortsteil Buckow/Britz. Fünf junge Leute mit „Migrationshintergrund“ stehen gegenüber dem Krankenhaus Neukölln in der Rudower Str. zusammen und unterhalten sich. Plötzlich kommt ein unbekannter Mann auf die Gruppe zu und feuert aus einer Pistole wenigstens fünf Schüsse ab. Der 22-jährige Burak B. wird getroffen und stirbt an den Folgen eines Lungendurchschusses, zwei 16 und 17 Jahre alte Freunde von ihm werden in den Oberkörper getroffen.

Der Täter kam aus dem nahegelegenen Möwenweg und verschwand dorthin auch wieder. Seine Zielstrebigkeit deutet darauf hin das er in der Gegend wohnt oder aber sich zumindest dort gut auskennt. Da es keinen Streit zwischen Opfer und Täter gab und auch eine sonstige persönliche Verbindung zu einem möglichen Täter im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen nicht festgestellt wurde, liegt es nahe, dass es sich um einen Mord mit rassistischem Hintergrund handelte. Parallelen mit den Morden des „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ sind durchaus zu erkennen und solange nichts gegenteiliges erwiesen ist, kann man von einer „Nachahmungstat“ ausgehen. Da die polizeilichen Ermittlungen bisher nicht erfolgreich waren, wurde Ende Februar 2013 auf die ZDF-Sendung „Aktenzeichen XY“ zurückgegriffen.

Antifaschist_innen sind bei der Recherche in sozialen Netzwerken auf das Profil einer jungen Frau gestoßen, die der neonazistischen Szene zuzurechnen ist. Am 27. Februar, der Tag an dem im ZDF „Aktenzeichen XY“ ausgestrahlt wurde, in der der Mord an Burak B. Thema war, hat Mandy P. auf ihrem Facebook-Profil einen von abgrundtiefem rassistischen Hass geprägten Eintrag hinterlassen :

„Nachher erst mal ZDF gucken, über den Kanacken, der hier vor meiner Tür abgeknallt wurde, und hoffen, dass keiner brauchbare Hinweise zum Täter liefert. ;)“

Diese Aussage ist einerseits als Sympathiebekundung für neonazistische Gewalttaten und rassistisch motivierte Morde zu werten, andererseits könnte man auch vermuten das sie den Täter kennt. Seit ihrem 13. Lebensjahr hat sie Kontakt zur neonazistischen Szene und zu ihrer dementsprechenden Sozialisierung hat sicherlich auch die damalige längere Beziehung zu dem NPD/JN-Aktivisten Mike S. aus Johannisthal beigetragen. Von der Opferberatung „ReachOut Berlin“ wurde eine Strafanzeige erstattet und die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen sie nun wegen der Billigung einer Straftat. Bis vor kurzem wohnte die jetzt 20jährige Mandy P. noch bei ihren Eltern in der Siedlung am Möwenweg/Goldhähnchenweg. Bei den Bundestagswahlen im September 2013 wurden in dem zugehörigen Wahllokal 503 bei Erst- und Zweitstimme jeweils 27 Stimmen für die NPD abgegeben. Damit hat die NPD in diesem Wohngebiet mit 4,6 % einen verhältnismäßig hohes Ergebnis erreicht.

Mittlerweile muss man im Süden Neuköllns in den letzten Jahren eine ganze Reihe von neonazistisch und rassistisch motivierten Anschlägen zur Kenntnis nehmen. So wurde das Kinder- und Jugendzentrum Anton-Schmaus-Haus (ASH) der SJD-Die Falken Neukölln zweimal durch Brandanschläge erheblich beschädigt. Im Oktober 2012 gab es unweit des Neuköllner Ortsteil Rudow in Waßmannsdorf einen Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Im November 2011 und dann noch zweimal Mitte 2012 gab es Anschläge auf das Wohnhaus einer Familie in der Britzer „Hufeisensiedlung“, die sich gegen Neonazis engagiert.

Vor dem Hintergrund, das vieles darauf hindeutet das Rassismus als wahrscheinliches Tatmotiv angenommen werden kann, hatte sich vor anderthalb Jahren eine „Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak B.“ gegründet. In der Initiative sind Familie und Freunde von Burak, antirassistische und antifaschistische Gruppen sowie weitere engagierte Menschen aus Neukölln aktiv geworden. So wurde am 6. April 2013 eine Burak-Gedenkdemo durch Berlin-Neukölln organisiert, an der 600 Menschen teilnahmen. Seit dem 5. Juni 2013 organisiert die Burak-Initiative an jedem 5. des Monats Mahnwachen im Gedenken an Burak. Am 18. Oktober wurde die provisorische Gedenkstätte am Tatort in der Rudower Straße in Stand gesetzt – es wurde das Baumbett mit frischen Pflanzen ausgestattet. Auch wird perspektivisch daran gearbeitet den Ort zu einer dauerhaften Gedenkstätte mit einer Tafel bzw. einem Stein umzuwandeln.

www.facebook.com/burak.unvergessen
<http://burak.blogspot.de>



24.11.2012 NPD Aufmarsch in Rudow gegen das geplante Flüchtlingsheim. Rechts: Mandy P.

DEUTSCHES JAHR **EINE UNVOLLSTÄNDIGE CHRONIK**

2012

9. November, Greifswald

Am Jahrestag der Reichspogromnacht werden in Greifswald sämtliche Stolpersteine gewaltsam herausgerissen oder gestohlen. Diese erinnern an die Verfolgung und Deportation von Jüdinnen und Juden im NS.

2013

10. Januar, Moringen (Niedersachsen)

In der Nacht vom 7. auf den 8. Januar 2013 besprühen Unbekannte das Gebäude der KZ-Gedenkstätte Moringen mit Parolen wie „Alles Lüge“ und „Es war kein KZ hier“.

2. Mai, Neustadt (Schleswig-Holstein)

Wie ein Friedhofsmitarbeiter am Donnerstag, den 02. Mai 2013 bemerkt hat, haben auf dem jüdischen Friedhof in Neustadt im Kreis Ostholstein Unbekannte mehrere Grabsteine umgestoßen und beschädigt. Die Polizei geht davon aus, dass die Tat im Zusammenhang mit der Gedenkfeier zum 68. Jahrestag der Cap-Arcona-Katastrophe steht. Dabei waren am 3. Mai 1945 mehr als 5000 Häftlinge aus Konzentrationslagern ums Leben gekommen.

12. Mai, Friedenau (Berlin)

Unbekannte beschmieren die Wohnungstür einer 62-Jährigen mit der antisemitischen Parole „Vorsicht! Juden-Freundin“ und beschädigen ihren Briefkasten mit einem Feuerwerkskörper. Petra Fritsche engagiert sich in einer Gedenk-Initiative für Stolpersteine in Schöneberg.

17. Mai, Darmstadt (Hessen)

Ein frisch saniertes Mahnmal zur Erinnerung an die aus Darmstadt deportierten Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma wird zerstört. Bereits im Jahr 2006 wurde das „Denkzeichen Güterbahnhof“ demoliert.

18. Mai, Berlin

Eine 36-jährige Frau, die in hebräischer Sprache telefoniert, wird in der Tram M10 kurz vor der Warschauer Straße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und bespuckt.

23. Mai, Berlin

Eine Gruppe israelischer Tourist_innen wird bei einem Konzert in der O2-Arena von anderen Besuchenden antisemitisch beleidigt und bedroht. Die zehn Israelis werden von ca. 50 Menschen antisemitisch beleidigt, geschubst und vertrieben.

2. Juni, Offenbach (Hessen)

Ein Rabbiner wird in einer Einkaufspassage und dem dazugehörigen Parkhaus in Offenbach von einer Gruppe von Jugendlichen antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen. Der 39-jährige wird als „Jude“ und „Scheißjude“ beschimpft und geschubst, bevor ein zufällig vorbeifahrender Autofahrer ihn rettet.

6. Juni, Friedenau (Berlin)

Unbekannte schänden in der Nacht auf den 06. Juni bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen zahlreiche Stolpersteine. Die Mahnmale in der Stier-, der Frege-, der Wilhelm-Hauff- und Handjerystraße werden mit schwarzer Farbe zerstört. Dies ist auch im Zusammenhang mit den Einschüchterungsversuchen gegen Petra Fritsche zu sehen, die sich in einer Initiative für Stolpersteine in Schöneberg engagiert.

10. Juni, Düsseldorf

Unbekannte beschmieren ein Mahnmal am ehemaligen Derendorfer Güterbahnhof in Düsseldorf mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen. An diesem Ort wird an die Deportation von 6000 Düsseldorfer Bürger_innen zwischen 1941 und 1945 erinnert.

9. Juli, Rietberg-Neuenkirchen

Unbekannte werden auf dem jüdischen Friedhof in Rietberg-Neuenkirchen im Kreis Gütersloh einen Grabstein um und zerstören dessen Sockel vollständig. Es entsteht ein hoher Sachschaden.

21. Juli, Arnstadt (Thüringen)

Zwei Bundeswehrsoldaten randalieren in den frühen Morgenstunden vor dem Flüchtlingsheim in Arnstadt. Die beiden Männer im Alter von 23 und 25 Jahren werfen Feuerwerkskörper auf das Gebäude, zeigen den Hitler-Gruß und rufen rassistische Parolen.

3. August, Charlottenburg (Berlin)

Im Rahmen des jährlich stattfindenden so genannten „Al-Quds“-Tages demonstrieren etwa 800 Menschen auf dem Kufürstendamm. Es werden antisemitische Parolen wie „Zionisten – Kindermörder“ skandiert, auch einige Neonazis beteiligen sich an der Demonstration. Redner bestreiten wiederholt das Existenzrecht Israels.

3. August, Eisenhüttenstadt

Rechtsradikale greifen Gegendemonstranten einer NPD-Kundgebung mit Pfefferspray und einem Stock an. „Jude!“, rufen sie und „Rote Faschisten!“ Ein De-

monstrant wird so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus gebracht werden muss.

28. August, Rosenheim (Bayern)

Ein Mann mit dunkler Hautfarbe wird von drei Neonazis rassistisch beschimpft und ausgeraubt. Zwei Männer und eine Frau im Alter zwischen 20 und 30 Jahren greifen den 27-jährigen in der Nähe des Bahnhofs an, beschimpfen ihn mit rassistischen Parolen und stehlen ihm 70 Euro. Der Angegriffene erleidet Prellungen und Hautabschürfungen.

30. August, Berlin

Unbekannte greifen eine Frau wegen ihrer Hautfarbe an. Die 38jährige ist auf Krücken unterwegs, als sie von einer Gruppe von drei Personen rassistisch beschimpft wird. Die Angreifer stoßen sie zu Boden, bevor sie fliehen.

7. September, Bad Schandau

Mehrere Neonazis greifen eine Hamburger Schulklassikerin auf einem Dorffest in Bad Schandau (Sächsische Schweiz) an. Ein chinesischstämmiger Deutscher wird dabei schwer verletzt.

9. September - 13. September, Berlin

Die NPD verschickt mehrere Briefe mit rassistischem Inhalt an Berliner Politiker_innen mit Migrationshintergrund, die für die Bundestagswahl kandidieren. Die Empfänger werden darin aufgefordert, Deutschland zu verlassen. Die NPD bestätigt das Versenden der Briefe.

21. September, Bernburg

Am Abend des 21. September wird ein aus der Türkei stammender Imbissbetreiber auf dem Bahnhof in Bernburg lebensgefährlich verletzt. Der 34jährige wird von neun Männern angegriffen, als er sein Schnellrestaurant schließen möchte. Sowohl rassistische Parolen als auch die Kleidung der Männer lassen auf einen rechtsradikalen Motivation schließen. Der Angegriffene wird so schwer verletzt, dass er in ein künstliches Koma versetzt werden muss.

3. Oktober, Salzwedel (Sachsen-Anhalt)

In der Nacht zum 3. Oktober werden in der Innenstadt von Salzwedel mehr als 130 Hakenkreuze und rechtsextreme Parolen gesprüht. Die Schmierereien finden sich auf Häuserwänden, Briefkästen oder Verkehrsschildern. Die Polizei geht von mindestens 42 Tatorten aus, auch die Gedenkplatte der ehemaligen Synagoge wurde beschmieret.

Quellen: Jungle World, Amadeu Antonio Stiftung,

TERMINE

7. November 2013, 17 Uhr

Stadtrundgang „**Jüdisches Leben in Grünau**“,

Erinnerung an die Pogromnacht vor 75 Jahren

Treffpunkt: 17:00 Uhr, Bürgerhaus Grünau, Regattastraße 141

Mit Gerd Lüdersdorf, Autor des Buches „Es war ihr Zuhause. Juden in Köpenick“

Eine gemeinsame Veranstaltung von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Köpenick e.V. und dem Antifaschistisches Bündnis Südost

7. November 2013, 18 Uhr

„**Der Tag kommt**“

Ausstellungseröffnung zum Gedenken an den 9. November 1938

Zum Gedenken an die Novemberpogrome 1938 in Deutschland beschäftigt sich diese Fotoausstellung durch Bilder des Berliner Fotografen Erik Schiemann mit den Überlebenden des Holocaust und deren individuellen Erfahrungen in den Vernichtungslagern der Nazis. Ehrengast: Herman Eugen Friede, Zeitzeuge der Geschehnisse 1938 in Berlin. Geöffnet täglich von 9-21 Uhr. Eintritt frei.

Tageszeitung „neues deutschland“, Franz-Mehring Platz 1, 10243 Berlin.

Eine Gemeinschaftsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V. in Medienpartnerschaft mit „neues deutschland“

7. November 2013, 19 Uhr

Der Aufstand in Sobibór und die „Aktion 1005“

Veranstaltung mit dem Schriftsteller Jens Hoffmann und dem Film „Sobibór; 14. Oktober 1943, 16 Uhr“. Der französische Filmemacher Claude Lanzmann hat den Aufständigen von Sobibór seinen Film „Sobibór; 14. Oktober 1943, 16 Uhr“ gewidmet, Nach dem Aufstand wurde das Lager von der SS aufgegeben. Das Lager wurde im Zusammenhang mit der sogenannten „Aktion 1005“, einer organisierten Vertuschungsaktionen der neonazistischen Vernichtungspolitik durch die Nazis, in einen Bauernhof mit Wald umgewandelt. Der Autor Jens Hoffmann, der in den letzten Jahren intensiv zur „Aktion 1005“ geforscht hat, wird aus seinem Buch „Diese außerordentliche deutsche Bestialität“ lesen.

Weites Theater, Parkaue 23, 10367 Berlin

8. November 2013 - 18 Uhr

„**Ausverkauf: Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930-1945**“

Lesung mit Christoph Kreuztmüller

Der Autor Christoph Kreuztmüller arbeitet in seinem 2012 erschienenen Buch die nationalsozialistischen Enteignungsaktionen und die Zerstörung jüdischen Lebens in Berlin heraus und gibt einen anschaulichen Überblick über dieses Detail der Lokalgeschichte.

Eine Veranstaltung von VVN-BdA Lichtenberg e.V.

KULTSchule (Sewanstraße 43, 10319 Berlin).

9. November 2013 - 10 Uhr

Rundgang durch den Weitlingkiez

„**Auf den Spuren jüdischen Lebens in Lichtenberg**“

Mit dem Rundgang durch den Weitlingkiez wollen wir Orte besuchen, an denen lokales jüdisches Leben stattfand, bis die Nazis es zerstörten. Wir werden Lichtenberger/innen - unter anderen anhand der Stolpersteine - gedenken, die dem antisemitischen Vernichtungswahn zum Opfer fielen. Veranstaltet von Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz. Treffpunkt Bhf. Lichtenberg (Ausgang Einbeckerstraße)

9. November 2013, 18.30 Uhr

75. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin gedenkt den Opfern der Novemberpogrome vom 9. auf den 10. November 1938 mit einer Gedenkveranstaltung und einer Kranzniederlegung.

Jüdisches Gemeinschaftshaus, Fasanenstraße 69, 10623 Berlin

10. November 2013, 11 Uhr

Matinée zum Jahrestag der NS-Pogromnacht von 1938

Es spricht Prof. Dr. Kurt Pätzold, es musiziert Olaf Ruhl

Rathaus Treptow, Neue Krugallee 2-6, 12435 Berlin

Eine Veranstaltung des BdA Treptow

11. November 2013, 17 Uhr

„**Und eines Tages waren sie plötzlich nicht mehr da**“

Ein Rundgang zu ehemaligen Orten jüdischen Lebens in Pankow (VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.). „Und eines Tages waren sie plötzlich nicht mehr da“, erinnert sich Günter Döge über seine jüdischen Klassenkameraden in der katholischen Volksschule in Pankow. Die Pogrome im November 1938 bereiteten den Weg zur fast vollständigen Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Anschließend: Kaffee und Kuchen im Café Stilbruch des JUP e.V. Treffpunkt: Vor der Janusz-Korczak-Bibliothek, Berliner Straße 120/121, 13187 Berlin

Anschließend

„**Ich bin kein Antisemit, ich übe nur Kritik**“

Debatten zum Thema Antisemitismus haben in Deutschland nach wie vor Aktualität. In umfangreichen Feuilletonbeiträgen wird darüber diskutiert, ob Äußerungen oder Darstellungen bereits antisemitisch sind oder noch als Meinungsfreiheit gewertet werden können. Doch was macht aktuellen Antisemitismus aus, und wie hat er sich im Laufe der Jahre verändert? Die seit vielen Jahren beim VDK e.V. geführte Chronik zu antisemitischen Vorfällen in Berlin soll hier als Ausgangspunkt dienen, um einen Überblick über zentrale Ideologeme und Funktionsweisen sowie aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus zu geben.

Café Stilbruch, Florastr. 84, 13187 Berlin

Eine Veranstaltung der VVN-BdA Berlin-Pankow in Kooperation mit MBR Berlin und dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin im Rahmen der Aktionswochen gegen Antisemitismus der Amadeu-Antonio-Stiftung.

11. November 2013, 19 Uhr

Späte juristische Aufarbeitung – Der Demjanjuk-Prozess

Veranstaltung mit dem Zeitzeugen und Nebenkläger Kurt Gutmann. John Demjanjuk wurde 2009 wegen Beihilfe zum Mord in tausenden Fällen im Vernichtungslager Sobibór angeklagt. Am 12. Mai 2011 erfolgte vom Landgericht München II eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Unter den Mordopfern befand sich auch die Mutter von Kurt Gutmann, der in dem Prozess als Nebenkläger auftrat. Kurt Gutmann entkam der Ermordung durch die Nazis im Juni 1939 als 12-jähriger mit einem Kindertransport nach Schottland. Als er alt genug war, meldete er sich zur Arbeit in der Kriegsindustrie und später als Freiwilliger zur Britischen Armee. Nach seiner Entlassung kehrte er nach Deutschland zurück. Kurt Gutmann wird in einem Gespräch über Sobibór und den Demjanjuk-Prozess berichten.

JFE Linse, Parkaue 25, 10367 Berlin

Dies ist nur eine sehr kleine Auswahl. Zahlreiche weitere Veranstaltungen zum Anlass und Thema sind u.a. unter auf der Homepage „Zerstörte Vielfalt“ unter www.berlin.de/2013/veranstaltungen/9-10-11-in-berlin zu finden.



Im September 2013 ist die 4. Broschüre mit Interviews mit Verfolgten des Naziregimes und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand des Arbeitskreises „Fragt uns, wir sind die Letzten“ erschienen.

Interviewt wurden Erwin Widschwenfer (geb. 1908 in Tirol, gest. 2009 in Linz), Sonja Kurella-Schwarz (geb. 1924 in Leipzig), Peter Neuhofer (geb. 1925 in Berlin), Klaus Ulrich Rabe (geb. 1926 in Zwenkau bei Leipzig), und Anna Szelewicz (geb. 1925 in Wólka Sobieszynska).

Die Broschüre ist wie ihre drei Vorgängerinnen bei der Berliner VVN-BdA gegen eine Spende zu erhalten.